



Chronik 2004 – 2009

Ausgewählte Amtsblatt-Artikel

und Presseerklärungen

der Unabhängigen Listen

Freiburg

Chronik 2004 – 2009: Ausgewählte Amtsblatt-Artikel und Presseerklärungen

Städtischer Haushalt + Finanzen Seite 4 – 10

Beteiligungshaushalt Seite 11 – 13

Stadtplanung / Stadtentwicklung Seite 14 – 20

Mieten+ Wohnen Seite 21 – 25

Kultur Seite 26 – 28

Soziales Seite 29 – 31

Geschlechtergerechtigkeit Seite 32 – 33

Verkehr + Umwelt Seite 34 – 36

Demokratie stärken Seite 37 – 39

Vi.S.d.P. Irene Vogel
Fraktionsgemeinschaft Unabhängiger Listen, 22.2.2009
fraktion-ul@stadt.freiburg.de
Rathausplatz 2–4, 79098 Freiburg
Gestaltung: Grafikdesign Ulrike Höllwarth
Druck: scharz auf weiss, Freiburg

Fraktion Unabhängige Listen

U-gsta*

*Unabhängige Gruppen- und Listenverbände der UL

3
UL

WEM GEHÖRT UNSERE STADT ?

MITTWOCH,
27. 9. 2006, 19 UHR
UNIVERSITÄT KG I
HÖRSAAL 1019



Vortrag:
Dr. Hartmut Häußermann
Professor für Stadtsoziologie
an der Humboldt-Universität,
Berlin

Geldanlage der Stadt bei Lehman Brothers Deutschland

Presseerklärung 13.10.08

Michael Moos

Die Fraktionsgemeinschaft der Unabhängigen Listen nimmt zur Kenntnis, dass nach Auskunft des Ersten Bürgermeisters Neideck die bei Lehman Deutschland angelegten 47 Mio. Euro städtischer Gelder über kurz oder lang zurückfließen. Wir möchten es gerne glauben. Es stellt sich aber gleichwohl die Frage, wieso die Stadt Freiburg Steuergelder nicht bei regionalen Kreditinstituten anlegt, voran bei der Stadtparkasse und der Volksbank, damit die regionalen Kreditinstitute und deren Kreditvolumen stärkt und das Geld so in den regionalen Kreislauf einbringt. Die Begründung, man habe bei Lehman 0,05% mehr erzielen können, kann nicht wirklich überzeugen. Da es sich um kurzfristige Anlagen handelt, – die Stadt benötigt ja diese Steuergelder, um eigenen Verpflichtungen nach zu kommen, – handelt es sich um geringe Zinserträge. Viel wichtiger ist doch die Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft, woraus die Stadt wiederum vielfältigen Nutzen zieht.

Das Kassenamt untersteht unmittelbar dem EBM Neideck, der die Verantwortung für diese Entwicklung trägt. Aber auch der Gemeinderat, muss seine Position überdenken. Die UL wird sich dafür einsetzen, dass im Gemeinderat eine Grundsatzdiskussion zu den Kriterien städtischer Anlagepolitik stattfindet und lückenlose Information über die Konsequenzen dieser Anlage, insbesondere zusätzliche Zinsbelastungen, erfolgt.

18. 2. 2009:

Die 47 Mio. Euro gingen heute auf dem Konto der Stadt ein. Der Zinsverlust beträgt geschätzte 280.000 bis 570.000 Euro.

UL-Antrag zur Gemeinderatssitzung

am 9.12.2008

Die Verwaltung wird beauftragt Geld vorrangig bei der Sparkasse Freiburg Nördl. Breisg. und in der Region bei öffentlich-rechtlichen Instituten wie den Genossenschaftsbanken sowie den Volksbanken anzulegen, wenn deren Zinssätze die der Höchstbietenden nicht mehr als 0,5 % unterschreiten. Dabei hat die Sicherheit der Anlage inkl. Zinszahlung absolute Priorität.

Bei künftigen Entscheidungen über die Anlage von Finanzmitteln gilt künftig – wie auch bei Banken üblich – das Vier-Augen-Prinzip.

Dies bedeutet im Einzelnen, dass Geldanlagen durch die Abteilungsleitung Stadtkasse in Abstimmung mit dem Kämmerer bis zu einer Höhe von 500.000 Euro dem Finanzdezernent bis zu 5 Mio. Euro und dem Oberbürgermeister über 5 Mio. Euro hinaus getätigt werden.

Um das Risiko von großen Geldanlagen möglichst zu minimieren, wird die Verwaltung beauftragt, größere Anlagesummen in Tranchen von maximal 10 Mio. Euro zu streuen.

Die Verwaltung wird aufgefordert, dem Gemeinderat bis spätestens zum 16.12.08 und danach monatlich Bericht zu erstatten über die bisherigen Zinsverluste auf Basis der zum jeweiligen Zeitpunkt (Insolvenz) angebotenen Zinssätze.

Presseerklärung 5. Februar 2009

Moos / Keller

Laut früherer Verlautbarungen sollte das Geld am 31.1. auf dem städtischen Konto eintreffen. Bis zum 31.1. war kein solcher Eingang verzeichnet. Darauf haben die Unabhängigen Listen am 2.2. zum Hauptausschuss eine schriftliche Anfrage gestellt:

a) Wann rechnet die Stadt mit der Rückgabe der Gelder.

b) Mussten Kredite zur Zwischenfinanzierung aufgenommen werden?

c) Wenn ja, welche Kosten sind bis jetzt durch den Außenstand noch entstanden?

Die mündlich erteilten Antworten waren durchweg unbefriedigend. Wie hoch der Zinsverlust sei, könne man noch nicht sagen, die Gelder müssten eigentlich schon längst da sein, Kredite haben man nicht aufnehmen müssen, allerdings habe man kurzfristig das Girokonto überziehen müssen, zu den Kosten dadurch könne man nichts sagen. Tatsächlich versucht die Stadt die Folgen der Lehman-Anlage klein zu schweigen: zum 31.01.09 betrug alleine der Zinsausfall seit der Insolvenzeröffnung von Lehman Deutschland am 13.11.08 bei einem damals möglichen Zinssatz von 4% 404.677. Es ist viel Geld, das der Stadt verloren geht. Die UL kritisiert, dass das von ihr für Geldanlagen abgestufte 4 Augen Prinzip seitens der Verwaltung abgelehnt wird.

3. Lesung des Haushalts 2009/2010 – Es geht noch was!

5. Dezember 2008 - Michael Moos

Mit einer zu erwartenden Rekordzuführung zum Vermögenshaushalt von 66 Mio. € für 2008 im Rücken (gem. Steuerschätzung Nov. 2008) und die Gemeinderatswahlen am 07.06.2009 vor sich, konnte schwarz-grün den bisherigen rigiden Streich- und Kürzungskurs bei Soziales, Jugend, Kultur und Sport nicht fortsetzen. Für 2009/2010 stellten die Grünen relativ viele Anträge im Bereich Soziales und Jugend, die CDU hatte ein Herz für Fußgänger und sogar für das Kinder- und Jugendtheater, für dessen Spielstätte sie vor 2 Jahren noch eine andere Verwendung überlegt hatten.

Unserer Fraktionsgemeinschaft war es recht, dass so einige Haushaltsanträge, die auch wir stellten, eine Mehrheit fanden (siehe dieses Amtsblatt, S.3). Weitere Anträge der UL wurden dagegen abgelehnt, einige davon werden von uns in der 3. Lesung am 16.12.08 nochmals zur Abstimmung gestellt.

So wollen wir

- das Betreuungsangebot für die Vigelius-Ganztageschule in Haslach rasch verbessern und den sofortigen Beginn der Schulsozialarbeit an der Adolf-Reichwein-Schule in Weingarten
- den Zuschuss für den Kinderabenteurerhof im Vauban um 5.000,- € erhöhen,
- den Zuschuss für das Schülerfilmforum der Medienwerkstatt um 1.000,- € erhöhen,

- den Etat für Wendepunkt, Beratungsstelle gegen sexuellen Missbrauch, erhöhen,
 - einen Sonderfonds für Anträge von Sportvereinen. Auch der Breitensport hat in den letzten Jahren erheblich unter den Kürzungen gelitten.
 - Das Neubauprojekt des „Rings der Körperbehinderten“ im Rieselfeld mit einem städtischen Zuschuss für 2010 unbedingt absichern. Im Kulturbereich besteht dringender Nachholbedarf; so wollen wir:
 - einen Dialograum für interkulturellen Austausch und damit einen Einstieg in ein „Haus der Kulturen“ in Freiburg,
 - eine Erhöhung des Etats für das Tanzfestival, da es sonst nicht mehr konkurrenzfähig ist;
 - eine Erhöhung des Anschaffungsetats der Museen;
 - entsprechend der endlich beschlossenen Erhöhung der Bezuschussung beim Kinder- und Jugendtheater 34.000,- € insgesamt für Kommunales Kino, E-Werk, Fabrik/Vorderhaus, Kunstverein, Wallgrabentheater, Carl-Schurz-Haus und Centre Culturel als längst fälligen Beitrag zur Angleichung der Gehaltstarife.
- Und wir wollen, dass der Gemeinderat die Einführung eines Sozialtickets bei der VAG beschließt.

Mehr unter

www.unabhaengige-listen-freiburg.de.

Fraktion Unabhängige Listen 

Linke Liste - Solidarische Stadt listt | Kulturliste Freiburg - kult | Unabhängige Frauen Freiburg - UFF

falsch gespart kommt richtig teuer

Am 15.05.07 beschließt der Freiburger Gemeinderat endgültig den Haushalt 2007 + 2008 für Freiburg.
Die Fraktion Unabhängige Listen stimmt für:

- Adelhausermuseum → Kinderkrippenplätze
- Jazzgipfel → Suchthilfe → Jugendförderung
- Sport → Schrebergärten → Kunstverein
- Jugendhilfe → Chummy → Freiburger Sozialpass → Haus der Kulturen → Theater
- Theaterfestival → Musikschule
- Volkshochschule → Spielturm Weingarten
- SWR- Experimentalstudio
- Anlaufstelle für Straftentlassene → Bäder
- Nachbarschaftswerk Weingarten

V.l. Scharff, Dr. Jörg Scharff, www.unabhaengige-listen-freiburg.de

Zick-Zack-Kurs – milde ausgedrückt

25.10.2007 – Michael Moos

Innerhalb von 12 Monaten erlebt das erstaunte Publikum höchst unterschiedliche Inszenierungen der Stadtoberen in Sachen kommunale Finanzen: vor dem Bürgerentscheid verkündeten CDU, Grüne, OB, Finanzbürgermeister und Alt-Grünen-Stadtrat Henri Breit, daß die Stadt vor dem Aus stehe, wenn die Stadtbau nicht verkauft werde, obwohl bereits im 2. Halbjahr 06 alle Daten auf einen Aufschwung der Weltwirtschaft und in Folge dessen des Steueraufkommens in 07 hinwiesen. Die große Mehrheit der Bevölkerung misstraute den Katastrophenmeldungen – zu recht, wie sich bald zeigte. Am 23.05.07 wurde der Haushalt verabschiedet, ein umfangreiches Investitionsprogramm für Freiburgs Schulen konnte beschlossen werden, ohne Kreditierung durch einen Privatinvestor im Rahmen eines PPP (Private Public Partnership), – was zuvor seitens der Verwaltung den Eltern und dem Gemeinderat als unabdingbar verkauft worden war.

Nein zu den 10 % Kürzungen und Erhöhung der Grundsteuer um 20 %

Die UL erklärte öffentlich, dass der Doppelhaushalt noch immer von bei weitem zu niedrigen Ansätzen für die kommunalen Einnahmen ausgehe und dass es völlig unverantwortlich sei, in dieser günstigen Haushaltssituation den Grundsteuerhebesatz um 20% zu

erhöhen und die Zuschüsse der Stadt für Dritte (ein drittes mal) um 10% zu kürzen. Der Betonblock von schwarz/grün hielt eisern Kurs und verabschiedete dieses alles sowie einen sog. Masterplan, wonach alle städtischen Mehreinnahmen bis 2015 ausschließlich hälftig für Sanierungen im Bestand sowie Schuldentilgung verwandt werden müssen. Während der Sommerferien muss dieser Masterplan irgendwo zwischen Adria und Costa del Sol verloren gegangen sein. Inzwischen werden von der Verwaltung laufend neue Millionenprojekte vorgelegt, je näher die nächste OB-Wahl, desto mehr. Die Sanierung des Rotteck-Gymnasiums wird vorgezogen, der Angell-Schule wird im Hinblick auf ihre Planungskosten für die nicht realisierte Sporthalle im Faulerpark für 10 Jahre der Erbpachtzins erlassen, die städtischen Mittel für die Stadtteilsanierung Haslach wird angehoben und die auf Eis gelegten Stadtbahnlinien sind nun wieder alle möglich. Der Bürger reibt sich erstaunt die Augen und selbst die Hofberichterstattung im Blättle wird stutzig: war da nicht was? Die Rücknahme der 10% Kürzung bis 2010 für Sportvereine, Kulturgruppen und soziale Einrichtungen ist nach Auffassung der UL in dieser Situation überfällig.

UL beantragt Rücknahme der Kürzungen

14.2.2007 – Irene Vogel

Die erste Lesung der Haushaltsberatungen ist überstanden. Fest steht, der peinliche „Mehreinnahme-Schock“ (Neideck nach dem Bürgerentscheid) hat sich jüngst um weitere drei auf 33 Mio. € erhöht und ist genauso zur Gewissheit geworden, wie die Genehmigungsfähigkeit dieses Doppelhaushalts.

Einkalkuliert sind 44 Mio. für die Sanierung der Schulen und weitere 20 Mio. für den Bauunterhalt von Gebäuden, Straßen und Brücken, die drastische 20 % Erhöhung der Grundsteuer, aber keine Erhöhung der Gewerbesteuer, ebenso wie eine drastische Kürzung der Personalausgaben, die für einzelne Ämter kaum zu verkraften sein werden. Selbst an der Kürzung der Institutionen und Vereine in Kultur, Bildung, Sport und Sozialem, die den Haushalt um 800.000 Euro entlasten soll, hält die Verwaltung und wohl auch die Mehrheit des Gemeinderats fest und schränkt für diese relativ geringe Summe wichtige Teile der Freiburger Infrastruktur stark ein.

Wir fordern und beantragen die Rücknahme dieser Kürzungen in Gänze.

Sie waren fachlich nie zu rechtfertigen, das zeigten die Einwände der Sachkundigen in den Ausschüssen. Beispiel Maßnahmen für Frauen: Erst vor wenigen Jahren geschaffen, um struktureller Ungleichheit entgegenzuwirken und Gewalt zu lindern, ist der politische Wille nicht mehr vorhanden um 1800 € für Selbstverteidigungskurse für Mädchen, 20000 € für eine Notrufmöglichkeit vergewaltigter Frauen und 35000 € für eine Tagesstätte wohnungsloser Frauen zu unterstützen. Das hat – wie viele andere Beispiele auch – mit sparsamer Haushalten nichts zu tun. Es geht, wie bei Land und Bund, schlicht um Umverteilung von unten nach oben, was der Verzicht auf Gewerbesteuererhöhung seit nunmehr 15 Jahren bestens belegt. Wie anders ist es sonst zu erklären, dass eine mäßiger Grundsteuererhöhung von 10 % plus eine 10 %-ige Gewerbesteuererhöhung, die dem Haushalt zusammen 6 Mio. € mehr brächte, keine Mehrheit findet.

Entwicklung des städtischen Haushalts seit Mitte 2006:

Sonntag, 12 November 2006: „Die ganze Stadt sagt ja“ – zum Bürgerentscheid gegen den Verkauf der Stadtbau

Dienstag, 5. Dezember 2006 gesteht Bürgermeister Neideck dem Gemeinderat „einen peinlichen Mehreinnahmeschock“ wodurch das Haushaltsjahr 2006 mit 12 Mio. Euro Überschuss abschlieÙe. OB Salomon befürchtet zu Recht einen Glaubwürdigkeitsverlust, denn die...

Steuereinnahmen sprudeln. Was nun Gemeinderat ?

1. August 2007 – Michael Moos

Die Entwicklung der städtischen Finanzen zeigt, wie gut die Freiburger Bürgerinnen und Bürger beim Bürgerentscheid daran getan haben, den Behauptungen von OB Salomon, Finanzbürgermeister Neideck und von CDU und Grünen zur katastrophalen Haushaltslage in den kommenden Jahren zu misstrauen. Der Verkauf der städtischen Wohnungen wurde von der Bevölkerung verhindert. Aber einschneidende Beschlüsse um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erreichen – wurden von der Gemeinderatsmehrheit Grüne, CDU und Freie Wähler verabschiedet: der Grundsteuererhebesatz wurde um 20% angehoben, viele Sportvereine, Jugend-, Sozial- und Kultureinrichtungen wurden durch dreimalige Zuschusskürzung in wenigen Jahren schwer getroffen. Dabei stand bereits bei Verabschiedung des Doppelhaushaltes am 23.05.07 fest, dass der Haushalt 07/08 nicht nur die gesetzlichen Vorgaben erfüllt,

sondern Mittel vorhanden sind, um ein gewaltiges Investitionsprogramm zu Gunsten der Schulen zu finanzieren. Heute, 2 Monate später, steht fest, dass darüber hinaus mindestens 50 Mio. €, wahrscheinlich aber noch erheblich mehr, an Steuermehreinnahmen und Zuweisungen des Landes in 07/08 zu erwarten sind. Der von CDU und Grünen gefasste Beschluss („Masterplan“), der die Stadt bis 2015 darauf festlegen will, Mehreinnahmen ausschließlich hälftig zur Schuldentilgung und zur Sanierung des Bestandes zu verwenden, ist dabei nur hinderlich. Haushaltskonsolidierung, Sanierung im Bestand und die Finanzierung von Zukunftsprojekten müssen in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht werden, das immer neu zu bestimmen ist. Die Sanierung der Schulen und anderer städtischer Gebäude, ist sicher weiter erforderlich. Dasselbe gilt für marode Brücken und Straßen. Der ausgearbeitete Sportentwicklungsplan darf aber nicht in irgendwelchen Schubladen versinken, dasselbe gilt für den Kulturentwicklungsplan. Eines der Zukunftsprojekte ist ein „Haus der Kulturen“, angesichts von über 100 Nationalitäten in Freiburg von großer Bedeutung. Und: der Gemeinderatsbeschluss, dass bis 2010 sämtliche Zuschüsse der Stadt an Dritte um 10% gekürzt werden, muss aufgehoben werden. Angesichts der genannten Mehreinnahmen ist es unverantwortlich, immer weiter gewachsene Strukturen in den Stadt zu zerschlagen.

Fraktion Unabhängige Listen 

Linke Liste / Solidarische Stadt | Kulturliste Freiburg | Unabhängige Frauen Freiburg

Beteiligungshaushalt ohne Beteiligung?



Es geht auch anders:
Erfahrungen
aus Berlin-Lichtenberg
Film und Gespräch
mit Hendrikje Klein,
Bezirksverordnete / Die Linke

Termin: Mittwoch,
28.11.2007 um 19.30 Uhr
Ort: Aula der
Gertrud-Luckner-Schule,
Kirchstraße

S&P, Dr. Ineg. Scharff www.unabhaengerige-listen-freiburg.de

Bürgerwillen im Doppelhaushalt umsetzen!

10.10.2008 Ulrike Schubert

Erstaunt reibt der Bürger sich die Augen: Prüft er den Haushaltsentwurf 2009/10 auf Haushaltsvorschläge infolge des 1. Freiburger Beteiligungsverfahrens, so scheint es als sei nichts gewesen. Außer einer umfangreichen Dokumentation stellt die Verwaltung für die nächsten beiden Jahre keinen Cent für eine Fortführung des Verfahrens in den Haushalt ein.

Die Bürger/Innen haben vor allem in der Stadtkonferenz kreativ und entschieden ihre Stimmen für eine „Soziale Stadt“ Freiburg erhoben:

- Finanzen für eine Stärkung der Zivilcourage,
- gegen Ausbau der Law and Orderpolitik,
- mehr Ganztagschulen und bessere Kinderbetreuungsangebote,
- gegen Kürzungen im Kultur-, im Bildungs- und im Sozialbereich,
- Ausweitung der Angebote des Freiburg Passes,
- Freiburg Ticket für Geringverdienende und Hartz IV – EmpfängerInnen,
- bezahlbarer Wohnraum,
- Armuts- und Reichtumsbericht,
- Verzicht auf Großprojekte .

Jetzt ist es die Aufgabe des Gemeinderats, die Ergebnisse aus dem Verfahren in konkrete Beschlüsse umzusetzen. Nur wenn deutlich wird, welche Posten konkret aufgrund von Bürgerbeteiligung erhöht oder gekürzt werden – kann für die Zukunft mit einer noch aktiveren Beteiligung gerechnet werden. Bürgerbeteiligung à la CDU nur per Fragebogen oder Internet verfehlt das Ziel eines demokratischen Meinungsbildungsprozesses. In Konferenzen der Bürger im Stadtteil oder stadtteilübergreifend können lebendige demokratische Teilhabestrukturen weiter entwickelt werden!

Die Unabhängigen Listen wollen die Weiterentwicklung eines geschlechtergerechten Haushalts. Wir fordern die Einstellung einer ausreichend großen Summe insbesondere für die Organisation von Stadtteilkonferenzen und stadtübergreifende Themenforen für den kommenden Haushalt 2009/10.

Mehr Demoskopie wagen

10.10.2007 Hendrijk Guzzoni

Doch, doch, Sie haben richtig gelesen. Denn die Erwartungen, die an die Einführung eines Beteiligungshaushaltes gestellt werden können in Richtung „Mehr Demokratie wagen“ werden leider bitter enttäuscht. Kernstück des Beteiligungsprozesses sollen eine Online-Befragung von ca. 2000 BürgerInnen, ein „Haushaltsrechner“ (jeder kann online „seinen eigenen Haushalt“ erstellen, allerdings dürfen keine Einnahmen, sondern nur Ausgaben verändert werden) und eine „Stadtkonferenz“, zu der man sich anmelden muss und die TeilnehmerInnen von der Verwaltung ausgewählt werden. Nur diese Möglichkeiten sollen die BürgerInnen haben, sich beim Beteiligungshaushalt einzubringen. Und dabei auch nur Empfehlungen ohne jegliche Verbindlichkeit aussprechen.

Unsere Kritik am 1. Freiburger Beteiligungshaushalt

1. Jeder Haushalt hat eine Einnahme- und eine Ausgabenseite. Beide müssen verhandelbar sein. Dabei soll ein ausgeglichener Haushalt das Ziel sein.
2. Gibt es massenweise Umfragen, aber keine politischen Versammlungen. Individuelle Befragungen sollen den Prozess kollektiver politischer Willensbildung ersetzen. Demoskopie tritt an die Stelle der Demokratie.

3. Teilnehmer an Online-Befragungen sind erfahrungsgemäß vor allem Männer zwischen 20 und 40 mit überdurchschnittlichem Bildungsstand, so entsteht ein Zerrbild.

4. Die Hürde, sich zu einer Stadtkonferenz für 1 ½ Tage in der Messehalle anzumelden, ist sehr hoch. Auf diese Weise werden wieder bestimmte Personengruppen selektiert. Stadtteilkonferenzen, nahe an den Bürgerinnen und Bürgern in den Quartieren, würden viel mehr Menschen ansprechen und in den Beteiligungsprozess einbeziehen. Aber das scheint nicht gewollt: „dann wird das ja wie beim Bürgerentscheid, das wollen wir nicht“ (Per Klabundt, Grüne)

Wir werden am 23.10. Anträge stellen mit dem Ziel, dass Freiburg einen echten Beteiligungshaushalt bekommt, der seinen Namen auch verdient. Denn bei der Verwaltung ist von direkter Demokratie, von einem Abgeben von auch nur einem kleinen Stück Entscheidungskompetenz vom Gemeinderat an die BürgerInnen keine Rede. Schade eigentlich.

„Wer bestimmt das Freiburger Stadtbild?“

4. Juli 2008 - Michael Moos

Dieser Frage gingen die Unabhängigen Listen in ihrer Veranstaltung am 01.07.08 nach. Referenten und Diskutanten des Themas waren sich einig, dass dem Freiburger Stadtbild Gefahren drohen, die in den letzten Wochen fast gleichzeitig die Frauen von step (Stadtentwicklungsplanung) und die Architektenverbände zu kritischen Stellungnahmen gedrängt haben.

Einhelliger Tenor: die Stadt ruht sich auf den Erfolgen der Vergangenheit aus,

die Investoren bestimmen mehr und mehr und - noch schlimmer: die Politik hat keine Visionen von einer zukunftsweisenden sozial-ökologischen Stadtentwicklung. Sie begnügt sich weitgehend damit, dass überhaupt gebaut wird (z.B. Brielmann-Gelände, Unmüßig) oder der Verkauf städtischer Grundstücke (z.B. Fahnenbergplatz, Solitär, Unmüßig) und Gebäude (z.B. Breisacher Tor, Unmüßig) Bares in die Stadtkasse spült. Eine aktive Bau- und Liegenschaftspolitik findet kaum statt. Ganz anders etwa Tübingen, wo die Baubürgermeisterin Ulla Schreiber auf einer Veranstaltung von step darstellte, wie die Stadt bei Wohnbauprojekten für eine gute Durchmischung, für hohe Wohn- und Lebensqualität Sorge trägt. Tanja Flemming aus Regensburg berichtete auf der UL-Veranstaltung von 10 Jahren erfolgreicher Arbeit des dortigen Gestaltungsbeirates, der zu einer unverzichtbaren Institution in Sachen

Bauqualität geworden ist. Die 60 T € Jahr seien mehr als gut angelegt. Voraussetzung dafür aber ist, so die Architektin Petra Habammer von step, dass die politisch Verantwortlichen selbst von der Bedeutung von Gestaltungsqualität der Stadt überzeugt sind. Eckhard Bull, Architektenkammer Südbaden, befürwortete, dass das Beratergremium ausschließlich aus externen Fachleuten besteht, - die in Regensburg unter Vorsitz des Züricher Stadtplaners Prof. Fingerhuth öffentlich tagen und deren Voten bislang durchweg von den städtischen Gremien akzeptiert wurden.

Wollen wir in einer Stadt leben, deren öffentliche Räume immer mehr von Privaten vereinnahmt werden?

Frage sehr grundsätzlich Angeli Janhsen, Prof. für Kunstgeschichte in Freiburg, in einer Stadt, wo die kommerzielle Nutzung die letzten Rest-Räume beseitigt, wo die wirklich authentischen Plätze verschwinden. Stadtplaner Daseking sprach von der „Vermommefritisierung“ unserer Innenstädte. Die Diskussion ist angestoßen und wird, soviel ist sicher, lauter werden.

Fraktion Unabhängige Listen
 Linke Liste / Solidarische Stadt | Kulturliste Freiburg | Unabhängige Frauen Freiburg

Veranstaltung
 Dienstag, 1. Juli 2008, 19.30 Uhr,
 Aula der Gertrud-Luckner-Gewerbeschule, Kirchstraße 4
 Vortrag: Tanja Flemming, Regensburg
 »10 Jahre Gestaltungsbeirat Regensburg«.
 Diskussion »Wer bestimmt das Freiburger Stadtbild?« mit:
 | Eckard Bull, Vorsitzender der Architektenkammer Freiburg
 | Dr. Angeli Janhsen, Prof. für Kunstgeschichte der Universität Freiburg
 | Petra Habammer, freie Architektin, Freiburg
 | Wulf Daseking, Leiter Stadtplanungsamt Freiburg



Stadtplanung passé – Investorenträume werden wahr

19. Januar 2008 – Hendrik Guzzoni

Beispiel 1 – Das Briemann-Gelände lässt Investorenherzen höher schlagen

Die Bebauung an der Berliner Allee ist beschlossen – gegen die Stimmen der UL. Die nun vom Gemeinderat genehmigte Planung lässt Investorenherzen höher schlagen; städtebaulich und sozial ist sie eine Katastrophe. Die Bebauung wird doppelt so dicht wie jene bereits als viel zu eng empfundene am Alten Messplatz. Das wird zu sozialen Spannungen führen – allerdings Profite erhöhen. Die Bebauung ist so dicht, dass Kinderspielplätze auf den Dächern der 6-geschossigen Häuser vorgesehen sind, weil ebenerdig dafür kein Platz mehr ist. Eine schauerhafte Vorstellung, die leider nur für die UL-Stadträt/innen ein Ablehnungsgrund war. Auch das Jugendzentrum Chummy ist hier am falschen Platz, nicht zuletzt weil Kinder und Jugendliche aus Betzenhausen-Bischofslinde zwei Hauptverkehrsstraßen überqueren müssen, um zu ihrem Jugendzentrum zu kommen. Kindergerechte Planung sieht anders aus. Grundsätze der Bauleitplanung über soziale und kulturelle Bedürfnisse der Bevölkerung sind hier genauso missachtet worden wie das berühmte Freiburger Märkte- und Zentrenkonzept, das eine Aushöhlung in nie da gewesenem Umfang erfährt.

Beispiel 2 – Güterbahnhof Nord, Planung ohne politische Visionen

Und die Stadt ist dabei, auch beim Areal des Güterbahnhofs Nord auf Stadtplanung und damit auf politische Visionen zu verzichten. Für das letzte bedeutende innerstädtische Baugebiet soll noch in diesem Quartal ein Aufstellungsbeschluss durchgepeitscht werden. Eine politische, eine öffentliche Diskussion darüber, welche Nutzungskonzepte für einen Umbau dieses Geländes aus städtebaulicher Sicht notwendig sind, hat kaum stattgefunden. Die Unabhängigen Listen halten es für unerlässlich, über folgende und andere Fragen zu diskutieren: *Wie sieht Arbeit, wie sieht Gewerbe der Zukunft aus? Findet Arbeit in Zukunft in Denkfabriken statt, wie das Fraunhofer Institut prognostiziert? Wie entwickelt sich das Verhältnis von Arbeit und Wohnen, wird es sich mehr ergänzen? Welche Verkehrskonzepte braucht so ein Areal? Wie kann Kultur integriert werden? Was für ein Nutzungskonzept würde das Areal noch in 30 Jahren attraktiv machen?*

Für unerlässlich halten die Unabhängigen Listen auch die Auslobung eines städtebaulichen Wettbewerbs für das Güterbahnhof-Areal. Damit würden architektonische und Nutzungskonzepte für Arbeit, Kultur und Wohnen entwickelt und klare politische Vorgaben für eine künftige Bebauung gemacht.

Stadtentwicklung im Argen – Baubürgermeister/in fehlt

21. Dezember 2007 – Guzzoni / Bert

Die Fraktionsgemeinschaft der Unabhängigen Listen lobt Verbesserungen der Kommunikation und großen Fleiß im neuen Baureferat und kritisiert zersplitterte Strukturen durch fehlendes Baudezernat, sowie die Verdrängung der Stadtplanung.

Eine differenzierte Bewertung nimmt die Fraktionsgemeinschaft der Unabhängigen Listen vor. Ausdrücklich lobt die Fraktion die gegenüber der Amtszeit von Bürgermeister Schmelas deutlich verbesserte Kommunikation und den großen Arbeitseifer des neuen Baureferats unter der Leitung von Dr. Schröder-Klings. Die Unabhängigen Listen kritisieren aber nach wie vor die unzulänglichen Strukturen im Bereich des Bauens mit der Aufsplitterung in Hochbau und Gebäude-management im Dezernat Stuchlik, dem Tiefbau im Dezernat Neideck und dem Baureferat beim OB. Eine klar strukturierte Bauverwaltung der kurzen und effizienten Wege sehe anders aus, so die Unabhängigen Listen und „die Zerschlagung des Baudezernats hat großen Schaden angerichtet und viele neue Probleme und Reibungsverluste geschaffen“.

Baubürgermeister/in darf nicht Parteienproporz im Rathaus unterworfen sein

Wie kann man die Verantwortung für Freiburgs bauliche Entwicklung auf 3 Dezernate verteilen – doch nur, wenn einem der Proporz in der Verwaltungsspitze wichtiger ist als eine in sich abgestimmte Baupolitik? Wie kann man ei-

nen Baubürgermeister abschaffen, das Stadtplanungsamt entmachten und die Verantwortung für Freiburgs Baupolitik in die Hand eines Verwaltungsjuristen legen? Der Bürger wird im Herbst 2008 mit einem Beratungszentrum beglückt, anstatt diese unsinnigen Entscheidungen endlich zu korrigieren. Die neue Leitlinie der Freiburger Stadtplanung soll nun „Bauen mit architektonischer Qualität“ lauten, eine frohe Botschaft, welche die Architektenschaft sicher gerne vernimmt. Besser wäre es, wenn die Stadt aus externen Fachleuten einen Gestaltungsbeirat berufen würde, wie er in Regensburg seit über 10 Jahren mit Erfolg arbeitet und inzwischen in vielen Städten kopiert wurde.

Kritik richtet die Unabhängige Liste an der Zurückdrängung des Einflusses der Stadtplanung im Baubereich. Die Stadtplanung spiele in vielen Bauprojekten, wie aktuell dem Briemann-Gelände oder beim Areal des Güterbahnhofs Nord keine Rolle mehr oder nur noch eine sehr untergeordnete. Stattdessen scheine die schnellstmögliche Befriedigung von Investorenwünschen zum obersten Leitmotiv der Freiburger Baupolitik geworden zu sein, kritisiert Stadtrat Hendrik Guzzoni. Als „stil- und charakterlos“ bezeichnete Stadtrat Paul Bert die harsche öffentliche Kritik des Oberbürgermeisters, das Stadtplanungsamt habe ein „gigantisches Verschwendungsprogramm“ aufgelegt. „Ohne visionäre Stadtplanung gehen unsere Städte den amerikanischen Weg und können kein Fundament einer demokratischen Zivilgesellschaft sein“, so die Unabhängigen Listen.

„Wall-Klo und anderes Walliges“

10.11.2005 - Atai Keller

Der Freiburger Künstler Richard Schindler hat soeben eine interessante Studie über die Ästhetik von Windrädern in ihrer Landschaft herausgebracht. Eine solche Studie zur Aufstellung von Werbetafeln in der Stadt wird es sicher nie geben. Sie hätte es aber vor der Aufstellung geben müssen. Zumindest eine Veröffentlichung der Standorte und eine Einbeziehung der Freiburger Bürgerschaft und des Gemeinderats in die Entscheidung. Letzterer hat in dieser Frage versagt - das ist durchaus selbstkritisch gemeint -, denn der Gemeinderat hätte sich stärker um die Standorte kümmern müssen. Die Entscheidung über 250 Standorte speziell auch in der Innenstadt, hätte im Bauausschuss, aber auch im Kulturausschuss diskutiert werden müssen. Für einige Standorte gibt es nicht einmal eine Baugenehmigung. Stattdessen hat der zuständige Baubürgermeister auf eine Anfrage der Kulturliste am 3.1.2005 zu einer möglichen Beteiligung der Freiburger Bürgerschaft nur die lapidare Antwort parat, dieses sei jetzt Geschäft der laufenden Verwaltung. Was kümmert diesen Bürgermeister eigentlich noch? Seine Amtszeit endet doch definitiv erst im Januar 2007!

Jetzt ist die Empörung groß, viele Standorte dieser so genannten Stadtmöblierung sind umstritten, manche sind störend, weil zu nah, manche sind geschmacklos, weil unpassend, manche verwirrend, weil im Verkehr irritierend, insgesamt zu viele, Werbung bestimmt die Stadt, die Stadt verändert ihr Stadtbild, Freiburg wird gesichtslos, wird einheitlich durch bundesweite Werbeträger. Freiburgs ‚Potsdamer Platz‘ heißt ‚Platz der alten Synagoge‘ und falls die Firma Wall das noch nicht gemerkt hat, Freiburg hat keine U-Bahn! Die Firma Wall schreibt in ihrer Selbst-Darstellung: „Jede Stadt dieser Welt hat ihren individuellen Charakter, denn erst die Eigenheiten einer Metropole machen ihren Reiz aus. Deshalb bieten wir den Städten maßgeschneiderte Designkonzepte, die das Bild einer Stadt harmonisch unterstreichen - oder aber bewusst kontrastreiche Akzente setzen.“

Ja, diesen kontrastreichen Akzent hat die Firma Wall jetzt in Freiburg gesetzt, indem sie unmittelbar neben dem Mahnmahl an die deportierten Juden nach Gurs ein öffentliches Klohaus erstellt hat, welches täglich reparaturbedürftig ist, und welches keinen Kontrast, sondern eine Verletzung dieses Denkmals bedeutet.

Da gibt es nur eines: Sofort Entfernen!

Flächennutzungsplan: klug Bauen, nicht viel

22.6.2005 - Hendrik Guzzoni

Welch eine (positive) Entwicklung: während vor fünf Jahren OB Böhme die Ausweisung von 263 ha (ca. 350 Fußballfeldern!) als neue Bauflächen für Wohnen und Gewerbe forderte und der Gemeinderat mit Ausnahme der Unabhängigen Frauen & Linke Liste dem zustimmte, schlägt die Verwaltung heute die Neuausweisung von ca. 130 ha vor. Besonders die Tatsache, dass nur relativ wenige dieser Flächen heftig umstritten sind, zeigt, wie eine gute Arbeit die Arbeitsgruppe PRISE der Verwaltung einerseits und die Mitglieder der 16 Arbeitsgruppen in der Bürgerinnenbeteiligung andererseits geleistet haben.

Auf halbem Weg stehen geblieben

Es zeigt sich jedoch, dass die Stadtverwaltung bei allen guten Ansätzen auf halbem Wege stehen geblieben ist: auch die Ausweisung von 130 ha neuer Bebauung bis zum Jahre 2020 ist immer noch zu viel. Der von der Verwaltung prognostizierte Flächenbedarf beruht im Wesentlichen auf der Annahme, dass der Flächenbedarf pro Kopf in den nächsten Jahren kontinuierlich steigen wird. Viele bestreiten dies und verweisen auf die unsichere wirtschaftliche Lage. Politik aber heißt Gestalten. Wir sind der Auffassung, dass Maßnahmen ergriffen werden sollten, um diesen Anstieg zu verringern. Ohne dirigistische Maßnahmen, sondern z.B. durch ein effektives Umzugsmanagement, durch flexibles Bauen (z.B.: wenn die Kinder aus dem

Haus sind, kann eine Einliegerwohnung abgetrennt werden), durch ein gutes Ausnutzen der Flächen, durch Verlagerung von riesigen Parkplatzflächen unter die Erde oder auf mehrere Geschosse. Wenn wir vor Jahren einfach den Prognosen gefolgt wären, hätten wir registriert: der CO₂-Ausstoß wird weiter wachsen. Statt dessen hat der Gemeinderat beschlossen, den CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2010 um 25% zu senken und entsprechende Maßnahmen dafür zu ergreifen. Das gleiche Herangehen muss für den Flächennutzungsplan gelten.

Größter Flächenfraß durch teuren Eigenheimbau

Bei einer genaueren Sicht auf die zur Bebauung vorgeschlagenen Flächen fällt zudem auf, dass es sich zu einem Großteil um „gute Lagen“ handelt, dass „gehobener Wohnungsbau“ vorgesehen ist. Genau dieser frisst aber am meisten Fläche. Und genau dieser geht an den Bedürfnissen des Großteils der Freiburger Bevölkerung vorbei.

Wir sind der Auffassung, dass deutlich weniger Flächen zur Bebauung ausgewiesen werden sollten. Wir werden alle vorgeschlagenen Flächen einzeln prüfen, ob sie für eine Bebauung geeignet sind. Und uns dabei von den Grundsätzen leiten lassen, dass Flächen nicht vermehrbar sind und daher mit dieser Ressource äußerst sparsam umgegangen werden muss und dass sich Freiburg qualitativ entwickeln muss und nicht quantitativ.

Fraktion Unabhängige Listen 

Hearing: Kein Verkauf städtischer Wohnungen!

J. Kiersch, Mieterbund Kiel, Dr. W. Rügemer, Publizist, Uni Köln, Dr. R. Kempe, PDS-Stadtrat Dresden

Mittwoch, 17. Mai 2006, 20 Uhr
Staudinger Gesamtschule (Mensa)



Vi.S.d.P.: Dr. Jörg Scharpf | Linke Liste - Solidarische Stadt - LISSt | Kulturliste Freiburg - kult | Unabhängige Frauen Freiburg - UFF

Freiburg muss bezahlbar sein – Mieten senken!

11.2.2009 Hendrikk Guzzoni

Die Freiburger/innen müssen durchschnittlich 43% ihres Einkommens für Ihre Warmmiete ausgeben. Da bleibt zum Leben nicht viel übrig. Die zu hohen Mieten in Freiburg sind ein wesentlicher Armutsfaktor, den die Unabhängigen Listen nicht hinnehmen wollen.

Unsere Fraktion hat deshalb in der Sitzung des Gemeinderates am 10.2.09 mehrere Anträge zur künftigen Miet- und Wohnungspolitik gestellt.

Die Unabhängigen Listen begrüßen es, dass die Stadt nunmehr rechtlich in der Lage ist, für Sozialwohnungen einen Sozialabschlag festzusetzen. Wir hatten beantragt, dass die derzeit 3.500 öffentlich geförderten Wohnungen 30 % weniger als die ortsübliche Vergleichsmiete kosten dürfen, beschlossen wurde ein Sozialabschlag von 25 %. Wir fordern diesen Sozialabschlag für alle Wohnungen der Stadt und der Stadtbau. Da das staatliche Wohngeld offensichtlich nicht in der Lage ist, die überhöhten Belastungen durch die Mieten ausreichend abzufedern, haben wir des weiteren beantragt, dass die Verwaltung die Wiedereinführung eines städtischen Wohngelds prüfen soll. Wir wollen, dass die Stadt ihrer sozialen Verantwortung gerecht wird.

Über tausend Menschen sind in der Wohnungssucher-Notfallkartei – und beim Amt für Wohnungswesen und Liegenschaften stehen 6% der Wohnungen leer. Das ist ein Skandal! Die UL hat beantragt, dass die Verwaltung Maßnahmen ergreifen soll, um den Leerstand bis zum Sommer auf 1% zu reduzieren, ohne Erfolg.

Der derzeit gültige Mietspiegel stiftet Unfrieden.

Er ist Gegenstand vieler Gerichtsverfahren, denn er ist grob fehlerhaft. Zudem spiegelt er das tatsächliche Mietniveau nicht wider, er basiert nur auf Mieten, die in den letzten vier Jahren erhöht wurden und den Preisen bei Neuvermietung – er ist damit ein Miet-ERHÖHUNGSSpiegel. Die UL haben seiner Fortschreibung deshalb nicht zugestimmt.

Freiburg braucht eine neue, eine soziale Mietenpolitik. Der Widerstand der Mieterinnen und Mieter gegen unsoziale Mieterhöhungen ist dafür von großer Bedeutung.

Mietspiegel ist Zerrspiegel

18.11.08 Hendrikk Guzzoni

Aufgabe und Sinn des Instruments „Mietspiegel“ ist, Rechtssicherheit und damit sozialen Frieden zu schaffen. Der Mietspiegel 2007 hat das genaue Gegenteil bewirkt. Derzeit gibt es Hunderte von Verfahren, die vor Gericht anhängig sind. Der Mietspiegel hat Unfrieden, Unsicherheit und Streit produziert. Er hat zudem nicht zu Mieterhöhungen von 6 bis 7% geführt, wie bei der Beschlussfassung von der Verwaltung behauptet, sondern zu Mieterhöhungen von ca. 20%. Und er weist unzählige handwerkliche Fehler, Ungeheimheiten und Widersinnigkeiten auf (z.B.: Zuschlag, wenn man über einer Gaststätte wohnt). Er ist offensichtlich ein Zerrspiegel.

Ein Grund liegt in der gesetzlichen Regelung in § 558 BGB begründet, nach der nur Mietverhältnisse, die in den letzten vier Jahren neu abgeschlossen wurden, bzw. bei denen in den letzten vier Jahre die Miethöhe neu festgelegt wurde, in die Berechnung des Mietspiegels eingehen. Weil also nur die neuen, also höhere Mieten in die Berechnung des Mietspiegels eingehen, nicht aber die Mieten, die seit 10 oder 15 Jahren unverändert sind, spiegelt der Mietspiegel nur die **MietERHÖHUNGEN** der jeweils letzten vier Jahre, jedoch nicht die tatsächlichen Durchschnittsmieten einer Stadt wider.

Dies ist ein Grund, warum unsere Fraktion Mietspiegel in der Vergangenheit immer abgelehnt hat. Die UL haben am 18.11. eine Resolution in den Gemeinderat eingebracht, die Fraktionen des Bundestages und Bundesregierung auffordert, diese Regelung zu ändern. Wir haben auch den Antrag gestellt, durch eine repräsentative Stichprobe statistisch zu erfassen, wie hoch der Unterschied zwischen den Mietspiegel-Mieten und der tatsächliche Durchschnittsmiete in Freiburg wirklich ist.

Der Mietspiegel 2007 ist fehlerhaft und untauglich. Ihn einfach fortzuschreiben, ist politisch falsch, weil sachlich nicht gerechtfertigt. Freiburg muss bezahlbar sein!

UL kritisiert Gaspreiserhöhung der »badenova« um 20 %

13.9.2008 Hendrijk Guzzoni

Nach den ungerechtfertigten Tarifierhöhungen der VAG zum 1.8.08, den dauernden Mieterhöhungen bei der Freiburger Stadtbau, gegen die sich mittlerweile breiter Widerstand regt, ist nun die badenova die dritte Gesellschaft die innerhalb kurzer Zeit, mit massiven Preiserhöhungen die Menschen in unserer Stadt belasten. Städtische Gesellschaften werden damit immer mehr zum Preistreiber Nr. 1 und tragen zu einer Verschärfung der Lebenssituation insbesondere ärmerer Menschen bei. Mit dieser Politik dauernder Preiserhöhungen von Gesellschaften, die wesentlich im Besitz und damit unter dem Einfluss der Stadt Freiburg stehen, wird der soziale Auftrag für die Daseinsfürsorge der Bürger/innen ignoriert und negiert. Eine Anhebung der Gaspreise um fast 20% wird zu weiteren Heizkostensteigerungen im nächsten Winter führen. Die „2. Miete“, die jetzt schon für viele Menschen kaum zu bewältigen ist, wird sich damit dramatisch erhöhen.

Die „2. Miete“ erhöht sich dramatisch – Sozialtarif gefordert

Wir kritisieren, dass der Freiburger Oberbürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzende sowie die drei Vertreter von CDU, Grüne + SPD im Aufsichtsrat der badenova dieser Preiserhöhung zugestimmt haben. Gleichzeitig fordern

wir, noch im September das Thema auf die Tagesordnung des Gemeinderates zu setzen, um dort über sozialverträgliche Maßnahmen zu debattieren. Es reicht nicht, dass die badenova „mit sich reden lässt“ und den Haushalten, die durch die Preiserhöhung in eine prekäre Situation geraten, Stundungen oder Ratenzahlung anbieten. Vielmehr müssen schon vor einer Verschuldung präventive Maßnahmen ergriffen werden. Unsere Fraktion plädiert für die Einführung eines Sozialtarifes beim Grundpreis. Zumindest der Personenkreis, der von Rundfunkgebühren befreit ist, muss ihn erhalten. Die eon macht das bereits.

? Soziale? Stadt

14. März 2008 Hendrijk Guzzoni

Fördermittel für die notwendige Sanierung von Weingarten-West gibt es neben den Eigenanteilen von Stadtbau und Stadt, auch vom Bundesprogramm „Soziale Stadt“.

Im Leitfaden zur Ausgestaltung dieses Förderprogramms heißt es bei „Ziele“ u.a.: *Sicherung preiswerten Wohnraums, Schutz der Bewohner/Innen und Bewohner vor Verdrängung und weiter unter „Maßnahmen“ u.a.: Begrenzung der Mietkostenbelastung.* Konkret wird ausgeführt bei „Mietengestaltung“: *Das Recht des geförderten Wohnungsbaus gibt lediglich Mietobergrenzen vor, die der Vermieter einzuhalten hat. Er muss diese allerdings nicht ausschöpfen, sondern er kann sie aus wohnungswirtschaftlichen und sozialen Gründen jederzeit unterschreiten. Dies ist inzwischen auch Praxis.*

Und in Weingarten-West? Dort wird ein Modernisierungsaufschlag von durchschnittlich 1,49 €/qm verlangt. Und das nach zwei Mieterhöhungen in den letzten vier Jahren. In der Buggingerstr. 1-7 werden die Wohnungen nach der Sanierung annähernd doppelt so teuer sein als vor fünf Jahren. Das ist das Gegenteil von sozialer Stabilisierung, von preiswertem Wohnraum und von Schutz der Bewohner/Innen vor Verdrängung. Diese Mieten sind nicht mehr bezahlbar!

UL will Modernisierungsaufschlag auf max. 90 Cent begrenzen

Die Fraktionsgemeinschaft der Unabhängigen Listen hat im Gemeinderat einen entsprechenden Antrag gestellt und folgte damit dem Vorschlag des Sanierungsbeirates.

Der Beschluss des Gemeinderates, die Mieten nach der Sanierung um 1,49 €/qm steigen zu lassen, widerspricht einem einstimmigen (!) Beschluss des Sanierungsbeirates, in dem Vertreter/Innen des Gemeinderates, der Bewohner/Innen und verschiedener Weingartener Institutionen sitzen. Mehrere Bewohner/Innen haben angekündigt, die Mitarbeit im Sanierungsbeirat einzustellen, wenn auf solche Weise über den erklärten Willen und ihre Interessen hinweggegangen wird. Im Leitfaden „Soziale Stadt“ lesen wir dazu: *Von Beginn an ist auf die Bürgerbeteiligung als grundlegende Voraussetzung für den erfolgreichen Ablauf der Stadterneuerung großen Wert gelegt worden.*

Die Sturheit der schwarz-grünen Gemeinderatsmehrheit untergräbt die soziale Akzeptanz der Sanierung Weingarten West und gefährdet damit nicht nur die vom Gemeinderat selbst beschlossenen Sanierungsziele, sondern den Erfolg der Sanierung insgesamt. Und dies schadet nicht nur den ehrgeizigen Klimaschutzzielen der Stadt, sondern auch dem sozialen Frieden in Weingarten.

Kultur ist das Fundament der Stadt

14.1.2009 Atai Keller

Das Jahr 2009 wird für die Entwicklung Freiburgs ein äußerst wichtiges Jahr. Nicht nur dass die kommenden Gemeinderatswahlen darüber entscheiden, ob es weiterhin eine schwarz/grüne Blockpolitik in der Stadt gibt und damit auch der grüne Oberbürgermeister für 2010 abgesichert wird, es wird sich auch entscheiden, ob es ein Sozialticket in der Stadt gibt, ob der politisch engagierte Kurs des Stadttheaters mit seiner Intendantin fortgesetzt wird, ob das im letzten Jahr entschiedene Kulturkonzept vom Gemeinderat in seinen inhaltlichen aber auch finanziellen Folgen umgesetzt wird und ob die Bewerbung Freiburgs für die Kulturhauptstadt Europas wirklich ernst gemeint ist oder sich das Ganze im Parteiengzänk der anstehenden Wahlen als eine große Luftblase auflöst.

Kulturfeindliche Stimmung von Schwarz/Grün

Aus den letzten Haushaltsberatungen wagen wir noch keine grundsätzliche Wende in der schwarz/grünen Politik herauszulesen, auch wenn es hier und da gewisse positive Korrekturen in der Bezuschussung einzelner Institutionen gab, die längst fällig waren. Es herrscht weiterhin eine kulturignorante bis kulturfeindliche Stimmung innerhalb der Mehrheitsfraktionen im Gemeinderat, da lassen die Kandidatenaufstellungen

von schwarz/grün wenig Hoffnung auf Veränderung aufkommen. Das Ausspielen einer ökologischen Profilierung der Stadt gegen eine kulturelle wie es die Grünen mit ihren Oberbürgermeister betreiben verkennt die kreativen Möglichkeiten der Verschränkung dieser beiden Entwicklungsstränge und das starre Beharren der CDU auf den Masterplan negiert die nachhaltigen Auswirkungen von neuen und andauernden Investitionen in die Kultur.

Kulturkonzept und Bewerbung zur Kulturhauptstadt

Das Kulturkonzept und die Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas 2020 sind beides notwendige Maßnahmen für die Stadt, um ihr kulturelles Profil zu schärfen und auszubauen. Dazu braucht es Mut und einen gemeinsamen Willen, dieses in den nächsten Jahren mit Ernsthaftigkeit und Überzeugung anzugehen. Die Kultur muss das Fundament liefern für eine Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt und mit ihrer Region. Nur so hat Freiburg eine Chance, nicht im Mittelmaß zu versinken und seinen Bürgerinnen und Bürgern eine lebenswerte Stadt zu sein. Das jüngste Beispiel mit dem Gemälde von Otto Dix und den Unklarheiten über den städtischen Ankauf ist einmal mehr ein Beispiel wie es nicht geht.



„Kauf und Sanierung des E-Werks in einem Konzept noch in diesem Jahr!“

21. Januar 2009 – Atai Keller

Presseerklärung der UL

Nachdem die UL eine Anfrage an die Verwaltung (nicht öffentlich) auf die Verwendung der Mittel aus dem zweiten Konjunkturprogramm im Hauptausschuss gestellt hatte und keine konkreten Antworten der Verwaltung bekommen hat, schlägt die Fraktionsgemeinschaft UL jetzt vor, davon unter anderem die Mittel für eine umfassende Sanierung des E-Werks bereit zu stellen. Laut Erstem Bürgermeister Neideck sollen 25% der noch nicht genau bezifferbaren Mittel in die Verbesserung städtischer Infrastruktur fließen. Das schließt unserer Meinung nach auch diese Sanierungsmaßnahmen mit ein.

Der darin nicht enthaltene Kauf des E-Werks soll noch in diesem Jahr erfolgen. Dafür soll die Stadt unverzüglich Verhandlungen mit der Badenova aufnehmen. Beim Kaufpreis sollte der Zustand des E-Werks eine zentrale Rolle spielen. Dieser Zustand wurde jetzt in vier Gutachten untersucht, die dem ALW und der Kulturverwaltung vorliegen. Die UL hat die direkte Einsicht in diese Gutachten verlangt.

Zukunftsreifes E-Werk: soziokulturelles Kunsthaus + Spielstätte freier Gruppen

„Man braucht keine Furcht vor den Zahlen haben, wenn man die Sanierungskosten anderer städtischer Gebäude, zum Beispiel des Augustiner-museums, der Feuerwache oder der Schulen vergleicht“, wird Atai Keller, Fraktionsvorsitzender der UL und Mitglied im Beirat des E-Werks zitiert. „Ich fordere hiermit ein klares Bekenntnis aller Fraktionen zum E-Werk als soziokulturelles Kunsthaus und als Spielstätte für Freie Gruppen in Freiburg“. Als spartenübergreifendes Kunsthaus und Zentrum für Bildende/ darstellende Kunst und Musik hat das E-Werk eine zentrale und unverzichtbare Funktion in der Struktur der Kultur- und Kunsteinrichtungen der Stadt. Es muss endlich „zukunftsreif“ in jeder Hinsicht gemacht werden. Jede Verzögerung der anstehenden Baumaßnahmen bedeutet einen weiteren Verlust des E-Werks an Bausubstanz.

Klima und Bäder

27.6.2007 Irene Vogel

Die Bäder sind der Freiburgerinnen liebstes Kind. Das belegen die Besucherinnen-zahlen und die Statistiken zum Sportentwicklungsplan. Danach nutzen dieses beliebteste der Freizeit- und Sportvergnügen zwischen 25 und 45 Prozent aller Altersgruppen, selbst mehr als ein Drittel der Ältesten. Kein Wunder also, dass nachteilige Veränderungen bei den Badnutzerinnen sogleich – und wir meinen, zu Recht – Proteste hervorrufen. Diese bewirken immerhin, dass auch der Gemeinderat vorsichtiger geworden ist, entsprechende Beschlüsse zu fassen. Schließlich ist es noch nicht lange her, dass sich die Verwaltung eine blutige Nase holte, als sie Bäder schließen wollte.

Kein Verkauf und Bebauung der Westbad-Liegewiese

Auch kein Wunder also, dass die von der Regio Bäder GmbH vorgelegte Neukonzeption vor allem nach heftigen Protesten aus dem Freiburger Westen, in den Fraktionen bisher keine Mehrheit findet. Nicht zukunftsorientiert ist für die UL der beabsichtigte Verkauf und die Bebauung eines Teils der Westbad-Liegewiese, oder gar dieses Bad nach dessen Sanierung zu einem reinen Schul- und Vereinssportbad mit deutlich reduzierten Öffnungszeiten zu machen.

Außenbecken für Haslach und das Westbad

Alle Forschungen zu den Auswirkungen der Klimaveränderungen in der Region prognostizieren übereinstimmend (lt. GR-Drucksache zum Klimawandel), dass wir künftig weniger Luftaustausch, stärkeren Niederschlägen, aber auch größerem Hitzestress in Freiburg ausgesetzt sein werden. Insbesondere wer in Beton wohnt und das sind vor allem im Westen sehr viele Menschen, braucht mehr und nicht weniger Möglichkeiten, dem zu entkommen. Darum halten wir es auch für sinnvoll, das Außenbecken im Westbad zu erneuern. Folgerichtig wäre auch, das Haslacher Bad um ein Außenbecken zu erweitern. Durch den neuen Stadtteil Rieselfeld und die ideale VAG-Anbindung an das Bad ist dessen Potential ausbaufähig, ebenso weil die Freibäder St. Georgen, Loretto und das Strandbad überfüllt sind und damit keine rechte Erholung mehr bieten. Der Gemeinderat muss sich über die am 26.6. anstehenden Sicherheits- und Sanierungsmaßnahmen hinaus entscheiden, wie er dem Rechnung trägt. Wir meinen, weitergehende Investitionen sind deshalb allemal gerechtfertigt und auch finanzierbar. Durch die erhöhten Steuermehreinnahmen ebenso wie durch Grundstücksverkäufe. Selbst der unsägliche „Masterplan“ steht nicht im Widerspruch dazu!

Ein-Euro-Essen für jedes bedürftige Kind in Freiburg – längst nicht umgesetzt!

6.12.2007 Irene Vogel

Seit der Einführung von Hartz IV durch Rot/Grün im Jahr 2004 leben ca. 20 % aller Deutschen in purer Armut und vor allem die Kinderarmut ist drastisch gestiegen. In einem der reichsten Länder der Erde muss über die Bekämpfung von Hunger gesprochen werden. So auch in dieser Woche im Freiburger Gemeinderat. Willkürlich klein gerechnet sind die Beträge (nicht nur) für die Ernährung von Kindern aus Hartz IV-Haushalten – 2 Euro 80 pro Tag werden ihnen für Essen zugestanden. Wie soll damit ein Kind oder gar ein Jugendlicher satt werden? Am Mittagstisch in den Schulen, KiTas und Horten können diese Kinder bisher nicht teilnehmen, denn er ist teilweise teurer als ein gesamter Tagessatz.

Das soll sich in Freiburg ab 1.2.2008 ändern: Bedürftige Kinder erhalten das Essen für einen Euro. Allerdings nur die, die ganztags in einer Einrichtung sind. Das sind in den Schulen, G 8 bedingt vor allem die Gymnasiasten. Alle anderen Schulformen werden nur zu einem kleinen Teil im Ganztagsbetrieb geführt.

41 von 65 Freiburger Schulen haben keinen Nachmittagsunterricht, keine Mensa oder Cafeteria.

Damit bleibt die überwiegende Mehrheit der Schüler/innen von diesem Angebot ausgeschlossen, genau wie bedürftige Kinder an kirchlichen oder privaten Schulen. Obwohl dieser Gemeinderatsbeschluss die Stadt bereits 800 T€ p.a. kosten wird, fordern die UL

weitere Maßnahmen, um tatsächlich allen Kindern, die es nötig haben, ein subventioniertes Essen zu ermöglichen. Dazu müssten die vorhandenen Mensen auch für Kinder anderer Schulen geöffnet und weitere Essensmöglichkeiten in den Stadtteil-Begegnungsstätten geschaffen werden. Arme Kinder hungern durch Hartz IV und sind von der Bildung ausgegrenzt: Es fehlt das Geld für Kinderbücher, Spielzeug, Schulausstattung, Klassenfahrten, Sport- und Musikangebote, Internet und was sonst für ihre Chancengleichheit wichtig wäre.

Hartz IV ist in höchstem Maße unsozial

Mit dem monatliche Regelsatz von 208 € für ein Kind wird auch die Schulausstattung eines Erstklässlers, die Klassenfahrt oder Schüler-Regiokarte, zum Problem. An modische Kleidung, Kultur- und Sportangebote ist gar nicht zu denken. Besonders existenziell: die vorgeschriebene Höchstmiete von 5,62 € pro qm für eine Wohnung ist für viele zu niedrig angesetzt. 1100 Haushalte stehen seitens der ARGE unter Druck, sich günstigere Wohnungen zu suchen. Wer nicht ununterbrochen Bemühungen nachweist, muss die Differenz zum Höchstsatz aus 345 € für Lebensunterhalt bestreiten. Kaum vorstellbar, welche Ängste der Zwang zum Umzug auslösen und welche Frustration es für die Betroffenen bedeutet sich permanent auf die aussichtslose Suche nach günstigeren Wohnungen machen zu müssen.

UL fordert Regio – Sozialticket für Bus & Bahn

28.8.2008 Ulrike Schubert

Zum August 2008 wurde die Regio-Karte auf Beschluss der Gemeinderatsmehrheit um 3,4% teurer, mehr als zum Ausgleich der Inflationsrate 2008 nötig wäre. Im Superwahljahr 2009 will man lieber auf eine Erhöhung verzichten. Seit der Einführung der Regio-Karte 1991 stieg der Preis um stattliche 81 % von 25,50 auf nun 45,50 Euro. Diese Tarifierhöhung ist angesichts der Klimaschutzziele der Stadt und der „StattAuto“ – Umsteigeparolen der VAG das völlig falsche Signal. Vor allem aber wirkt sie zunehmend sozial ausgrenzend für mehr als 20.000 Freiburger Bürgerinnen und Bürger, die in Armut leben müssen. Der Regelsatz für Bezieher/innen von ALG II, Sozialgeld und Grundsicherung im Alter, bewusst weit unterhalb der offiziellen Armutsgrenze festgesetzt, reicht - egal wie Frau oder Mann es auch wendet - für ein menschenwürdiges Leben nicht aus. Waren schon bisher gesundes Essen, kulturelle, sportliche und soziale Aktivitäten ein kaum zu verwirklichender Luxus, drohen ab kommendem Winter noch längere Schlangen bei der „Tafel“, kalte Wohnungen, noch mehr Stromsperrungen wegen Zahlungsrückständen.

Nur 3 x Straßenbahnfahrten pro Monat mit Hartz IV

14,11 Euro sieht der Regelsatz monatlich vor für das „Recht auf Mobilität“ mit Bus, Straßenbahn, Bahn: 3 VAG-Fahrten hin und zurück Tarifzone 1 Stadtgebiet, also an 3 von 30 Tagen. Ähnlich erleben es zunehmend mehr „Working Poor“, Arme, die trotz Arbeit oft nur mit ergänzendem ALG II über die Runden kommen oder Senior/innen mit Minirenten. Gerade diese Bürgerinnen und Bürger benötigen ein Sozialticket, das Mobilität und damit die Teilnahme am sozialen und gesellschaftlichen Leben in Freiburg und der Region erleichtert. Städte wie Köln und Dortmund gehen als neueste Beispiele voran. Und: Wer 14,11 Euro für alle Reisen im Monat zur Verfügung hat, braucht – um nicht in seiner Armut stecken zu bleiben - ein Sozialticket, dessen Preis deutlich

Ehrenbürgerinnenwürde für Dr. Getraude Ils

29.1.09 Irene Vogel

Die Unabhängigen Frauen Freiburg und zahlreiche Frauenorganisationen wollen, dass die SPD-Altstadträtin Dr. Getraude Ils zur Ehrenbürgerin ernannt wird. Von 1975 bis 1985 war sie Ratsfrau. In diesen Jahren großer sozialer und kulturpolitischer Auseinandersetzungen hat sie entscheidend zur Befriedung der Stadt beigetragen. Frei von Berührungsängsten hat sie vermittelt zwischen Stadt, Hausbesetzer- und alternativer Kulturszene. Sie warb um Verständnis, nahm Konflikten die Schärfe und suchte Bündnispartnerinnen über Fraktionsgrenzen hinweg. Es gelang ihr Emilie Meyer / Die Grünen, Ursula Kopf / CDU, Edith Goldschagg / FDP und Ingrid Baas / Freie Wähler zu gewinnen. Diesem Kulturquintett verdankt Freiburg heute einen guten Teil seines reichhaltigen Kulturlebens.

Aber immer wieder war es vor allem Frau Dr. Ils mit ihrer Klugheit und ihrer Mittlerinnentätigkeit zwischen Stadt und Künstlern, die Blockaden beiseite räumte und die Voraussetzungen dafür schuf, dass z.B. das Kinder- und Jugendtheater seine Spielstätte im Marienbad bekam, das Kommunale Kino in den Alten Wiehrebahnhof und der Arbeitskreis Alternative Kultur ins ehemalige städtische E-Werk einziehen konnten. Nach ihrer Zeit als Gemeinde-

rätin blieb sie weiter als Bürgerin sehr aktiv, u.a. als Sachkundige im Kulturausschuss. Bis vor kurzem hat sie noch in alle wesentlichen öffentliche Diskussionen eingegriffen. Im April wird sie 100 Jahre alt.

Dr. Getraude Ils war und ist streitbar.

Denn mit ihrem Wunsch und unserem Vorschlag sie zur Ehrenbürgerin zu machen, ist gleichzeitig auch eine Diskussion über die Kriterien für deren Verleihung verbunden. Es ist ihr sehr bewusst, dass es hier noch keine Geschlechtergerechtigkeit gibt. Seit 1945 wurden nur drei Frauen, aber 17 Männer diese Ehrung zu Teil. Diese Frauen haben die Stadt vor der Zerstörung gerettet, Bevölkerungsgruppen vor Hunger oder vor Vernichtung. Damit wurden für Bürgerinnen Maßstäbe gesetzt, die nur in dunkelsten Zeiten deutscher Geschichte möglich waren. Die hohen Verdienste der männlichen Ehrenbürger verdanken sich ihrem Amt, ihrer öffentlichen Stellung oder ihres Vermögens. Weibliche Biographien des 20. Jahrhunderts verliefen anders. Mehr unter www.unabhaengige-frauen-freiburg.de

Feiern und fordern!

6.3.2007 Martina Herrmann

Am 8. März, dem Frauentag, dem internationalen, feiern auch Freiburgs Frauenorganisationen: Aus dem Tag ist in Freiburg eine „Frauenwoche“ mit zahlreichen Veranstaltungen geworden: Vieles, was die individuelle Freiheit von Frauen betrifft, ist erreicht, hier in der Stadt und in der Bundesrepublik. Dennoch: die sozialen Probleme der Mehrheit der Frauen sind immer noch ungelöst. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht kaum voran; immer noch gibt es keine wirkliche Chancengleichheit im Beruf, keinen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, und die Hartz IV-Regelungen haben gerade wieder bewiesen, dass zuerst bei Frauen gekürzt wird. Es fehlt an Teilzeitarbeitsplätzen für Mütter (und Väter), an Betriebskindergärten, Ganztagschulen mit echtem Betreuungsangebot. Und was ist mit der Weiterbildung von jungen Müttern im Beruf und den Karrierechancen nach der Kinderpause? Soll es dabei bleiben, dass immer mehr junge gut ausgebildete Frauen sich für Karriere und gegen Familie entscheiden müssen?

Wo sind all unsere politischen Forderungen geblieben? Nicht an den Rändern wollten wir die Gesellschaft verändern, sondern im Kern, ihre Strukturen aufbrechen, damit sich dauerhaft und für alle Frauen etwas ändert, nicht nur individuell und in finanziellen Sonnenzeiten. Die Politikerinnen und Politiker werden sich nur bewegen, wenn wir ihnen Druck machen. Wir haben es noch immer mit dem Kapitalismus zu tun, auch wenn er heute als neoliberale Wirtschaft und unaufhaltsame Globalisierung daher kommt. Wir müssen Sorge tragen, dass das bereits Erreichte nicht zerstört und das immer noch Notwendige durchsetzbar wird. Feiern am Frauentag reicht nicht, wir müssen den Tag für politische Forderungen nützen!

Kein Licht am Ende des Tunnels

1.8.2008 Irene Vogel

In einer Diskussionsveranstaltung von VCD, Fesa und Klimabündnis mit dem Verkehrsexperten Prof. Monheim wurde deutlich, dass Freiburg nicht erst mit dem Stadttunnel eine spürbare Verkehrsentslastung für die Stadt erreichen könnte, wenn das politisch gewollt wäre. Es gäbe hier und heute viele Möglichkeiten, insbesondere den Transitverkehr einzudämmen: Nachtfahrverbot + Tonnagebeschränkung für LKWs, eine LKW-Maut, Pfortnerampeln vor der Stadt, Vorrangschaltung der Querungsampeln für Fußgänger und Radfahrer/innen, Einflussnahme auf die Routenvorgaben von Navigationssystemen. Zugegeben, teilweise radikale Forderungen, aber durchaus zu rechtfertigen. Schließlich sind die Anwohner/innen der Dreisamufer und der Schwarzwaldstraße seit Jahrzehnten durch den Verkehr leidgeprüft. Seit es den Schützenallee-Tunnel gibt, hat sich ihre Lebenssituation weiter verschlechtert. Dieser Tunnel hat die Durchfahrt aus und in den Schwarzwald bequemer und schneller gemacht. Für die einen, wie z.B. für Ebnet, hat er end-

lich Entlastung gebracht, für andere mehr Lärm und Feinstaubbelastung. Aber wie jeder Tunnel hat er insgesamt mehr Verkehr angezogen. Mit dem Stadttunnel wird das nicht anders sein. Für diejenigen, die an dessen Enden leben, ist er keine Lösung. Ebenso wenig für den Klimaschutz, denn steigender Verkehr bringt den Anstieg von CO2 mit sich. Nur Maßnahmen, die den Verkehr grundsätzlich reduzieren, sind eine echte Alternative: Güterverkehr auf die Schienen, deshalb Ausbau der Höllentalbahn und kürzere Taktzeiten für Regionalbahnen und Busse würden uns diesem Ziel näher bringen.

Stattdessen lässt sich die Ratsmehrheit vor den Karren des Oberbürgermeisters und der CDU-Verkehrspolitik des Landes spannen, in dem die Autoindustrie das Sagen hat. Die städtische Vorfinanzierung des Tunnels ist jetzt beschlossene Sache und soll das Ganze beschleunigen. In frühestens 8 Jahren könnte der Bau beginnen, wenn der Bund die Dringlichkeit und die dafür nötigen Mittel bestätigt. Bis wir in 15 oder mehr Jahren in die Röhre schauen können, sollen die enormen Verkehrsbelastungen weiter als Druckmittel gen Berlin herhalten. Wohl deshalb hat Salomon o.g. Forderungen als „Schrott“ abgetan.

Mobilfunk – eine tickenden Zeitbombe für Mensch und Umwelt?

15. Februar 2008 – Dr. Jörg Scharpff

Für die Mobilfunkkritiker hätte das Ergebnis nicht besser sein können: Der bayrische Verwaltungsgerichtshof bestätigt in einer Entscheidung vom 2.8.07, dass Kommunen Standorte von Mobilfunksendeanlagen so auswählen können, dass Wohngebiete geringer belastet werden als dies nach den Grenzwerten der 26. Bundesimmissionschutzverordnung (BImSchV) an sich zulässig wäre. Dies ist ein richtiger Knaller. Jetzt stehen diejenigen ziemlich dumm da, die Kritikern des Mobilfunks immer nur Hysterie vorgeworfen haben. So auch in Freiburg.

Standortwahl für Sendeanlagen: Städte sind nicht ohnmächtig

Das Urteil sollte für die Stadtverwaltung Anlass genug sein, die Mobilfunkproblematik nicht länger zu ignorieren und wieder aktiv zu werden. Bisher wurde auch in Freiburg gebetsmühlenartig wiederholt, die Grenzwerte der BImSchV würden bei weitem unterschritten und deshalb könne die Kommune nichts machen. Für die Verwaltungen wird es in Zukunft schwieriger sein glaubwürdig zu begründen, inwieweit sie zum Schutze der Bevölkerung bereits alle Möglichkeiten ausgeschöpft hat, potentielle Folgen für deren Gesundheit auszuschließen oder abzuwenden. Offenbar haben dies im-

mer mehr Freiburger Bürger/innen erkannt und sind verwundert, wie wenig bisher seitens der Stadt das Problem erkannt wird.

Wohlgemerkt, es geht den Unabhängigen Listen nicht um ein generelles Handy-Verbot, wohl aber um die direkte Umsetzung der aktuellen wiss. Erkenntnisse zum Schutze der Bevölkerung und damit um eine Eingrenzung des zunehmenden Wildwuchses dieser Technik. Genau hier greift die Entscheidung aus Bayern.

Jeder Betreiber muss jederzeit damit rechnen, dass neue Untersuchungsergebnisse über das Risiko dieser Technik bekannt werden und geklagt wird. Und vermutlich deshalb wird unter dem Vorwand des Wettbewerbs versucht, Daten über Senderdichte und -positionierungsraster geheim zu halten. Hier muss die Frage erlaubt sein: Ist die Verwaltung die letzte Bastion, die überholte Grenzwerte für schädliche Immissionen deckt? Ein erster Schritt wäre die von den Unabhängigen Listen verlangte Bestandsaufnahme über errichtete und geplante Mobilfunkanlagen.

Klimaschutz gibt's nicht zum Nulltarif

7. Juli 2007 – Hendrijk Guzzoni

Die Verwaltung plant eine „neue Gesamtstrategie für den Klimaschutz“ und will ihr 25%-CO₂-Minderungsziel bis 2010 aus dem Jahr 1996 durch ein „aktualisiertes Klimaschutzziel“ von 30 % für das Jahr 2030 ersetzen. Der Oberbürgermeister behauptet, dass „die Freiburger Klimapolitik auf dem richtigen Weg und schon viel erreicht sei.“ Doch das Reduktionsziel von 25% bis 2010 wurde deutlich verfehlt, vieles ist versäumt worden: so wurde z.B. keine konsequente Altbauenergie-, Nahwärme- und Kraft-Wärme Kopplungs-Strategie umgesetzt. Fakt ist: Stadt und Energieversorger haben in den letzten zehn Jahren weitgehend Schmalspur-Klimaschutz betrieben. Immerhin: 10% der jährlichen Konzessionsabgaben der badenova sollen ab 2008 „zweckgebunden für zusätzliche neue Klimaschutzvorhaben eingesetzt werden.“ Das wären wenigstens 1,2 Mio. Euro/Jahr. Wir meinen: 10 % aus Gewinn und Konzessionsabgaben, also ca. 3,2 Mio. Euro/Jahr für den kommunalen Klimaschutz wären angemessener. Die Stadt hat ein Reduktionsziel festgelegt, das in 23 Jahren erreicht werden soll. Ohne Zwischenziele für 2010, 2015 usw. verkommt das Ziel zur Unverbindlichkeit.

Die Hauptverursacher der CO₂ Emissionen sind Gewerbe, Industrie, Haushalte und Verkehr. Die für die nächsten zwei Jahre vorgeschlagenen Maßnahmen sind in allen Bereichen ungenügend, im Gewerbe- und Industriebereich gar Fehlanzeige. Kein Wort von Effizienzwettbewerben wie Ökoprofit, die in anderen Städten längst erfolgreich etabliert sind. Kein Vorschlagsansatz einer emissionsabhängigen Gewerbesteuer. Im Haushaltssektor wird das Förderprogramm zur Sanierung von Altbauten mit 300.000 €/Jahr präsentiert; nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Ein ambitioniertes Programm zur Förderung der Kraft-Wärme Kopplung für die Gesamtstadt fehlt ebenso wie die Pflicht zur Passivhausbauweise in Neubaugebieten. Schließlich glänzt die Verwaltung auch im Verkehrssektor durch Minimalvorschläge. Wo bleiben hier die Schritte zur schnellen und flächendeckenden Parkraumbewirtschaftung, wo ist der Ansatz zum konsequenten Ausbau der Fußgängerzonen im Innenstadtbereich oder das Engagement im Städtetag für eine Citymaut?

Angesichts der Vorschläge der Verwaltung bleibt die Realisierbarkeit des neuen Zieles mehr als fraglich. Nur wenn Klimaschutz deutlich stärker als bisher als Querschnittsthema erkannt wird, kann die Verwirklichung des neuen Klimaschutzzieles bis 2030 gelingen.

Mehr Transparenz in städtische Gesellschaften

27.9.2008 Michael Moos + Atai Keller

Beim TOP „Verschwiegenheitspflicht in Aufsichtsräten städtischer Gesellschaften“ hat die Fraktionsgemeinschaft der Unabhängigen Listen einen eigenen Antrag eingebracht. Stadtrat Moos hat für unsere Fraktion zur Begründung ausgeführt, dass durch die Verlagerung von immer mehr kommunalen Aufgaben in privatrechtlich organisierten Gesellschaften ein Demokratieproblem entstehe.

Demokratie braucht Information und Transparenz.

Es ist sinnvoll, von der gesetzlich gegebenen Möglichkeit bei GmbHs mit Aufsichtsrat Gebrauch zu machen und zu bestimmen, dass diese grundsätzlich öffentlich tagen. Davon auszunehmen wären lediglich die TOP's, die Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse betreffen. Die Vertreter/innen der Fraktionen sowie die Vertreterin des städtischen Rechtsamtes setzten sich kritisch, aber sachlich mit dem Antrag auseinander. Anders der OB: ohne in der Sache zu argumentieren griff er in einer Hetztirade die Aktivität von Stadtrat Moos in den 70er und 80er Jahren im KBW / BWK an, desgleichen die Mitgliedschaft von Stadtrat Guzzoni in der DKP. Mit seiner verletzenden Attacke sprach er ihnen das Recht ab, sich zu Demokratiefragen zu äußern.

UL bricht Teilnahme an der Gemeinderatssitzung aus Protest ab

Aus Protest gegen dieses Verhalten des OB zog die UL aus der Sitzung des Gemeinderates aus. Kann es sein, dass der OB auf diese plumpe beleidigende Art alte Fronten aufreißen will in Richtung des nächsten Wahlkampfes? Es ist keineswegs das erste Mal, dass der OB zum Mittel von polemischen Hass- und Hetztiraden greift. Ein OB, der in dieser Weise Gemeinderäten das Recht der freien Rede abspricht, ist als Stadt- oberhaupt ungeeignet. Die Fraktionen im Gemeinderat werden zu prüfen haben, ob der bisherige Weg der richtigen ist oder ob er nicht zu einer zunehmenden Selbstentmündigung des Gemeinderats führt.

Fraktion Unabhängige Listen **UL**³

öffentlich ist wesentlich
Privatisierung / Personalabbau / Gebührenerhöhung
Wege oder Irrwege

Dr. Peter-Rudolf Zotl, PDS
Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus
und im Hauptausschuss des
Deutschen Städtetages

Sonntag, 3. April 2005, 11 Uhr
Winterer-Foyer, Stadttheater

Haushaltsdebatte 2

© 2005 UL. Alle Rechte vorbehalten. Dr. Peter-Rudolf Zotl, PDS. Berlin, 2005. 11. April 2005.

Für ein kommunales Ausländerwahlrecht

29. März 2008 – Dr. Jörg Scharpff

Die Unabhängigen Listen sind schon lange der Auffassung, dass den in Deutschland lebenden Ausländer/innen mindestens das Wahlrecht in den Kommunen eingeräumt werden müsste, und zwar auch den Menschen, die nicht aus dem EU-Ausland kommen.

Die Erweiterung des Kommunalwahlrechts auf alle Bürgerinnen der Stadt

wäre ein wichtiger Schritt zu mehr Integration. Wir unterstützen die Initiative Wahlkreis 100 Prozent. Ihre parallel zur letzten Bundestagswahl, durchgeführte Abstimmung unter Migrant/innen, hat deutlich gemacht, wie viele Menschen mit Migrationshintergrund von einem echten Wahlrecht Gebrauch machen würden. Dazu ist eine Änderung von Artikel 28 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) erforderlich. Hierüber kann natürlich nicht der Gemeinderat entscheiden. Aber er kann – wie möglichst viele andere Kommunen – sich einer Petition anschließen und damit die hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer, die nicht die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates besitzen, bei Wahlen in Kreisen und Gemeinden wahlberechtigt und wählbar sind.

Damit Integration und Partizipation nicht leere Worte bleiben, sollte ein Mitentscheidungsrecht der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Ihren wesentlich Angelegenheiten mehr als selbstverständlich sein. Alles andere wäre reiner Etikettenschwindel.

„Gewaltprävention“ durch Verbote?

21.11.07 – Michael Moos

Das Freiburger Internet-Portal „fudder“ hat sich nach der Entscheidung des Gemeinderats zum Alkoholverbot in der Diskomeile unter Jugendlichen umgehört. Katrin, 19: „...ich glaube, das wird nicht großartig etwas an der Situation in der Innenstadt ändern“. Daniel, 18: „Ich denke, das wird nichts ändern. Wenn das Trinken draußen verboten ist, gehen die Jugendlichen eben in der Disko saufen (Anm. UL: lohnt drüber nachzudenken, ob genau das erreicht werden soll). Die Schlägereien sind ja sowieso erst nachts um zwei, da trinkt keiner mehr draußen“. Alexandra, 17: „...wird sich das Problem nur verschieben auf andere Plätze. Das gibt nur noch mehr Stress. Das Problem sind Läden wie die N.“. Morten, 23: „Ich laufe gern mal mit einem Bier durch die Innenstadt und fühle mich bevormundet, wenn ich das nicht mehr darf.“ Tatsächlich werden mit diesem Verbot vor allem jene Jugendliche bis 20 getroffen, die sich zum Party machen in der Innenstadt treffen, die nicht in Diskos wollen oder das Geld nicht dazu haben, gerade die also, die nach den polizeilichen Feststellungen gar nicht in erster Linie zu den Schlägern zählen (das sind eher 20-30 jährige).

Landauf landab werden auf Initiative der CDU und der hinter ihr stehenden Polizei derartige Verbote beschlossen. Gleichzeitig werden die Finanzmittel für soziale Prävention überall gekürzt. Konzepte wie das vom BWLV schon im August vorgelegte zur Gewaltprävention in der Freiburger Innenstadt (Kosten 50 - 60.000 €/Jahr) sind nicht erwünscht. Kürzen ist im sozialen Bereich angesagt. Tatsächlich geht es Salomon, Neideck und Co. um eine andere Stadt, voller Kneipen, Freisitze und Werbeflächen, wo der Rubel rollt und reglementiert wird, wo das Geschäft gestört wird. Und wenn das Alkoholverbot im Party-Dreieck nicht ausreicht, dann, so der Beschluss, muss seine „Ausweitung auf andere Plätze“ geprüft werden. Schon jetzt für die ganze Stadt gültig ist der weitere Beschluss, störenden Gruppen den „Aufenthalt zu untersagen“, wenn „die Auswirkungen des Alkoholkonsums geeignet sind, Dritte erheblich zu belästigen.“ Wann das der Fall ist, entscheidet die Polizei. Willkür ist zu befürchten. „Integrieren statt ausgrenzen“ fordert die Caritas in einem Positionspapier: „Wider die Verdrängung und Kriminalisierung von sozialen Randgruppen im öffentlichen Raum der Innenstädte“. Genau das aber findet in Freiburg unter einem grünen OB statt.

Gemeinderatsmitglieder der Unabhängigen Listen

www.unabhaengige-listen-freiburg.de

Linke Liste – Solidarische Stadt

www.linke-liste-freiburg.de

Michael Moos



Ulrike Schubert



Hendrikk Guzzoni



Unabhängige Frauen Freiburg

www.unabhaengige-frauen-freiburg.de

Irene Vogel



Atai Keller



Paul Bert



Kulturliste Freiburg – kult

www.kulturliste-freiburg.de